# Zheng Chen (Autor) <br> Neues Steuerungsmodell und Verfassung - Analyse des Neuen Steuerungsmodells sowie dessen Vereinbarkeit mit dem deutschen Grundgesetz und mit der chinesischen Verfassung 


https://cuvillier.de/de/shop/publications/931
Copyright:
Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentzsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen, Germany
Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: https://cuvillier.de

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis ..... XIV
I Einleitung ..... 1
1 Ziel der Untersuchung .....  1
2 Gang der Untersuchung ..... 1
II Internationale Bemühungen um die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. ..... 2
III Das NSM in Deutschland ..... 4
1 Das bisherige Verwaltungsmodell in Deutschland ..... 4
1.1 Das Modell klassischer Bürokratie ..... 5
1.2 Neuere Ansätze in der deutschen öffentlichen Verwaltung ..... 7
2 Ursachen der Entstehung des NSM in Deutschland ..... 9
2.1 Haushaltskrise .....  9
2.2 Bürgerunzufriedenheit ..... 11
2.3 Arbeitslosigkeit ..... 11
3 Hintergrund der Entstehung des NSM in Deutschland ..... 11
4 Die wesentlichen Elemente des NSM ..... 15
4.1 Dezentralisierung und AKV-Prinzip ..... 15
4.2 Kontraktmanagement ..... 17
4.2.1 Zielvereinbarung ..... 17
4.2.2 Produktwesen ..... 19
4.2.2.1 Allgemeine Beschreibung ..... 19
4.2.2.2 Produktbeschreibung ..... 21
4.2.2.3 Output und Outcome ..... 21
4.2.2.4 Die Bedeutung des Produktwesens im NSM ..... 22
4.2.3 Controlling ..... 22
4.2.3.1 Begriff und allgemeine Beschreibung ..... 22
4.2.3.2 Das strategische und das operative Controlling ..... 23
4.2.3.3 Die Bedeutung des Controlling im NSM ..... 24
4.2.3.4 Berichtswesen und Kosten- und Leistungsrechnung ..... 24
4.2.3.4.1 Berichtswesen ..... 24
4.2.3.4.2 Kosten- und Leistungsrechnung ..... 25

1) Kostenrechnung ..... 25
2) Leistungsrechnung ..... 26
3) Die Funktion und Bedeutung der Kosten- und Leistungsrechnung ..... 26
4.3 Outputorientierte Budgetierung ..... 27
4.3.1 Haushaltsaufstellung ..... 27
4.3.1.1 Das herkömmliche Verfahren ..... 27
4.3.1.2 Das Verfahren im NSM ..... 28
4.3.1.2.1 Das Verfahren im Allgemeinen ..... 28
4.3.1.2.2 Outputorientierung ..... 30
4.3.2 Haushaltsvollzug ..... 31
4.3.2.1 Sachliche Flexibilisierung ..... 32
4.3.2.1.1 Echte Deckungsfähigkeit ..... 32
4.3.2.1.2 Unechte Deckungsfähigkeit ..... 33
4.3.2.2 Zeitliche Flexibilisierung ..... 33
4.3.2.3 Ziel der Flexibilisierung beim Haushaltsvollzug ..... 34
4.3.3 Haushaltskontrolle ..... 34
4.3.3.1 Das herkömmliche Verfahren ..... 34
4.3.3.2 Das Verfahren im NSM ..... 35
4.3.3.2.1 Das Verfahren im Allgemeinen ..... 35
4.3.3.2.2 Bürger- bzw. Kundenorientierung, ..... 35
4.3.4 Effizienz- und Effektivitätssteigerung ..... 36
4.4 Einführung von Wettbewerb ..... 37
4.4.1 Faktischer Wettbewerb und virtueller Wettbewerb ..... 37
4.4.2 Interner und externer Wettbewerb ..... 38
4.4.3 Zusammenwirken der einzelnen neuen Instrumente und das Ziel des Wettbewerbs ..... 38
4.5 Zusammenfassung ..... 38
5 Probleme des NSM in Deutschland ..... 39
5.1 Funktionale Probleme des NSM in Deutschland ..... 39
5.1.1 Dezentralisierung und AKV-Prinzip ..... 40
5.1.2 Kontraktmanagement ..... 42
5.1.2.1 Probleme der Zielvereinbarung ..... 42
5.1.2.2 Probleme des Produktwesens ..... 43
5.1.2.3 Probleme des Controllings ..... 44
5.1.3 Outputorientierte Budgetierung. ..... 46
5.1.3.1 Probleme bei der Haushaltsaufstellung ..... 46
5.1.3.2 Probleme beim Haushaltsvollzug ..... 47
5.1.3.3 Probleme der Output- und Kundenorientierung ..... 48
5.1.4 Wettbewerb ..... 49
5.1.5 Zusammenfassung ..... 51
5.2 Verfassungsrechtliche Bedenken des NSM in Deutschland ..... 51
5.2.1 Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des NSM mit dem Demokratieprinzip im GG ..... 52
5.2.1.1 Das demokratische Legitimationsmodell der öffentlichen Verwaltung im GG ..... 52
5.2.1.1.1 Das Legitimationsobjekt: Die Ausübung von Staatsgewalt ..... 53
5.2.1.1.2 Das Legitimationssubjekt: Das Volk ..... 54
4) Volkskreis ..... 54
5) Betroffene als Volk? ..... 55
5.2.1.1.3 Die Legitimation: Rückführbarkeit der Ausübungvon Staatsgewalt auf den Willen des Volkes ..... 56
6) Die drei demokratischen Legitimationsformen nach dem Gedanken der „Legitimationskette" ..... 56
a. Verfassungsrechtliche Verankerung des Gedankens der Legitimationskette ..... 56
b. Funktionell-institutionelle Legitimation ..... 59
c. Personell-organisatorische Legitimation ..... 60
d. Sachlich-inhaltliche Legitimation ..... 61
a.a Gesetzesbindung ..... 62
b.b Parlamentarische Kontrolle einschließlich verwaltungsinterner Detailsteuerung ..... 63
a.a.a Weisung ..... 65
b.b.b Verwaltungsvorschriften ..... 65
c.c.c Rechtsverordnungen ..... 65
d.d.d Rechtsaufsicht ..... 66
7) Die Idealvorstellung des demokratischen Legitimationsmodells der öffentlichen Verwaltung ..... 66
5.2.1.1.4 Zusammenfassung ..... 70
5.2.1.2 Nichterreichbarkeit des hinreichenden Legitimationsniveaus ..... 70
5.2.1.2.1 Personell-organisatorische Legitimation ..... 71
5.2.1.2.2 Sachlich-inhaltliche Legitimation ..... 73
8) Parlamentsgesetzliche Steuerung ..... 73
a. Probleme der Gesetzgebung ..... 73
b. Grenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit. ..... 73
c. Natürliche Schwächen der Gesetze als solche ..... 74
d. Zusammenfassung ..... 75
9) Parlamentarische Kontrolle und Detailsteuerung innerhalb derVerwaltung............................................................................................. 76
a. Parlamentarische Kontrolle ..... 76
b. Detailsteuerung innerhalb der Verwaltung ..... 76
5.2.1.2.3 Kollisionen mit dem Bundesstaatsprinzip, der Verfassungsgarantie der kommunalen und funktionalen Selbstverwaltung? ..... 78
10) Länderverwaltung ..... 78
a. Personell-organisatorische Legitimation ..... 79
b. Sachlich-inhaltliche Legitimation ..... 79
11) Kommunale Selbstverwaltung ..... 80
a. Personell-organisatorische Legitimation ..... 80
b. Sachlich-inhaltliche Legitimation ..... 80
12) Funktionale Selbstverwaltung ..... 81
a. Personell-organisatorische Legitimation ..... 82
b. Sachlich-inhaltliche Legitimation ..... 82
13) Zusammenfassung ..... 82
5.2.1.2.4 Zwischenergebnis ..... 83
5.2.1.3 Legitimation durch Verfahren ..... 83
5.2.1.3.1 Die Instrumente der Legitimation durch Verfahren ..... 84
14) Partizipation ..... 85
15) Transparenz ..... 87
5.2.1.3.2 Grenzen der Legitimation durch Verfahren bei den höheren Behörden? ..... 88
5.2.1.3.3 Eine eigenständige demokratische Legitimationsform? ..... 88
5.2.1.3.4 Legitimatorische Wirkung aus juristischer Sicht ..... 89
5.2.1.3.5 Verhältnis zu den demokratischen Legitimationsformen. ..... 91
16) Unersetzbarkeit der Gesetzesbindung ..... 91
17) Vorrang der Detailsteuerung ..... 93
18) Zusammenfassung ..... 94
5.2.1.4 Absenkung des Legitimationsniveaus der Verwaltungsentscheidungen durch die Implementierung des NSM in die deutsche öffentliche Verwaltung ..... 94
5.2.1.4.1 Die Macht- und Verantwortungsverteilung zwischen Volksvertretung und Verwaltung ..... 94
19) Beeinträchtigung der legitimatorischen Qualität von
Verwaltungsentscheidungen durch die sogenannte Kunden- bzw.Bürgerorientierung94
20) Beeinträchtigung der legitimatorischen Qualität vonVerwaltungsentscheidungen durch die Anstrebung derEffizienzsteigerung................................................................................... 95
21) Zusammenfassung ..... 95
5.2.1.4.2 Die Macht- und Verantwortungsverteilung innerhalb derVerwaltung96
5.2.1.4.3 Zwischenergebnis ..... 98
5.2.1.5 Kompensation durch andere Instrumente des NSM? ..... 98
5.2.1.5.1 Kompensation durch Controlling und Berichtswesen? ..... 98
5.2.1.5.2 Kompensation durch Output-Steuerung? ..... 99
5.2.1.5.3 Kompensation durch Kundenorientierung? ..... 99
5.2.1.5.4 Zwischenergebnis ..... 100
5.2.1.6 Wirtschaftlichkeitsprinzip als kollidierendes verfassungsprinzip? ..... 100
5.2.1.6.1 Begriff der Wirtschaftlichkeit und verfassungsrechtliche Verankerung des Wirtschaftlichkeitsgebots ..... 100
5.2.1.6.2 Rechtfertigungsmöglichkeit ..... 101
5.2.1.6.3 Zusammenfassung ..... 103
5.2.1.7 Zwischenergebnis ..... 103
5.2.2 Das NSM und die legitimatorischen Funktionen des Haushaltsrechts. ..... 104
5.2.2.1 Geschichtliche Betrachtung und Untersuchungsrelevanz ..... 104
5.2.2.2 Die parlamentarische Steuerung durch das Haushaltsrecht nach dem GG ..... 105
5.2.2.2.1 Der Haushaltsplan und das Haushaltsgesetz ..... 105
22) Der Haushaltsplan ..... 105
23) Das Haushaltsgesetz ..... 106
5.2.2.2.2 Die Haushaltskontrolle ..... 106
24) Haushaltskontrolle durch das Parlament ..... 106
25) Finanzkontrolle durch die Rechnungsbehörde ..... 107
a. Geschichte und Bedeutung der Rechnungsprüfung in Deutschland. ..... 107
b. Inhalt, Maßstäbe und Umfang der Rechnungsprüfung in Deutschland. ..... 108
5.2.2.2.3 Die Funktionen des Haushaltes in Deutschland ..... 109
26) Finanzwirtschaftliche Ordnungsfunktion ..... 109
27) Politische Programmfunktion ..... 109
28) Wirtschaftspolitische Funktion. ..... 110
29) Kontrollfunktion des Haushaltsplans ..... 110
30) Legitimationsfunktion. ..... 110
5.2.2.2.4 Haushaltsgrundsätze ..... 111
31) Bepackungsverbot ..... 112
32) Vollständigkeit des Haushaltes ..... 113
33) Einheit des Haushaltes ..... 113
34) Bruttoprinzip ..... 114
35) Spezialität ..... 114
a. Sachliche Spezialität ..... 115
b. Zeitliche Spezialität ..... 116
c. Zwischenergebnis ..... 116
36) Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ..... 117
37) Haushaltsausgleich ..... 117
38) Grundsatz der Vorherigkeit ..... 118
39) Jährlichkeit (Periodizität) ..... 118
40) Fälligkeitsprinzip ..... 119
41) Gesamtdeckung ..... 119
42) Öffentlichkeit ..... 119
43) Wirtschaftlichkeit ..... 120
44) Zusammenfassung. ..... 120
5.2.2.3 Vereinbarkeit des NSM mit den Haushaltsgrundsätzen mit legitimatorischer Funktion ..... 120
5.2.2.3.1 Bepackungsverbot ..... 121
5.2.2.3.2 Vollständigkeits- und Bruttoprinzip ..... 122
5.2.2.3.3 Einheit des Haushalts ..... 122
5.2.2.3.4 Spezialität ..... 123
45) Sachliche Spezialität ..... 123
46) Zeitliche Spezialität ..... 123
47) Kombination von gegenseitiger Deckungsfähigkeit ..... und
Übertragbarkeit ..... 123
48) Zwischenergebnis ..... 125
5.2.2.3.5 Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ..... 125
5.2.2.3.6 Jährlichkeit ..... 125
5.2.2.3.7 Zusammenfassung ..... 125
5.2.3 Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des NSM mit dem Rechtsstaatsprinzip im Sinne des GG ..... 125
5.2.3.1 Gesetzmäßigkeit der öffentlichen Verwaltung ..... 126
5.2.3.1.1 Vorrang des Gesetzes ..... 127
5.2.3.1.2 Vorbehalt des Gesetzes ..... 128
5.2.3.2 Gewaltenteilung ..... 129
5.2.3.2.1 Allgemeine Darstellung der Gewaltenteilung ..... 129
5.2.3.2.2 Beeinträchtigung der Gewaltenteilung durch die Implementierung des NSM ..... 130
5.2.3.3 Zusammenfassung ..... 130
6 Endergebnis des dritten Teils ..... 130
IV Das NSM in China ..... 131
1 Überblick über die Modernisierungsgeschichte der chinesischen öffentlichen Verwaltung seit 1949 ..... 131
2 Das gegenwärtige chinesische Verwaltungsmodell ..... 133
3 Die gegenwärtigen wesentlichen Gründe für eine Verwaltungsreform ..... 134
3.1 Korruption ..... 135
3.2 Haushaltskrise ..... 135
3.2.1 Die aktuelle Lage des Haushaltes in China ..... 135
3.2.2 Wesentliche Ursachen der Haushaltskrise der chinesischen öffentlichen Verwaltung ..... 136
3.2.3 Konsolidierungsmaßnahme ..... 137
3.3 Bürgerunzufriedenheit. ..... 137
3.4 Folge der Wirtschaftsreform und Einbruchstelle zur politischen Reform ..... 138
3.5 Zusammenfassung ..... 139
4 Implementierung des NSM in China? (aus verwaltungswissenschaftlicher und verfassungsrechtlicher Perspektive) ..... 139
4.1 Ziele der Verwaltungsreform in China ..... 139
4.2 Diskussionen über das NPM in der chinesischen Literatur ..... 140
4.3 Übertragbarkeit des NSM auf die chinesische Staatsverwaltung aus verwaltungswissenschaftlicher Perspektive ..... 141
4.3.1 Kontraktmanagement ..... 142
4.3.2 Output- und Kundenorientierung ..... 142
4.3.3 Wettbewerb ..... 143
4.3.4 Zusammenfassung ..... 144
4.4 Transformationsprobleme des NSM in China ..... 145
4.5 Verfassungsrechtliche Bedenken des NSM in China ..... 146
4.5.1 Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des NSM mit dem Volkskongresssystem im Sinne der CV ..... 147
4.5.1.1 Geschichte des Volkskongresssystems ..... 147
4.5.1.2 Das demokratische Legitimationsmodell der chinesischen öffentlichen Verwaltung nach der CV ..... 149
4.5.1.2.1 Das Legitimationsobjekt ..... 150
4.5.1.2.2 Das Legitimationssubjekt ..... 150
49) Volkskreis ..... 151
50) Betroffene als Volk? ..... 151
4.5.1.2.3 Die Idealvorstellung des Legitimationsmodells der chinesischen öffentlichen Verwaltung ..... 152
4.5.1.3 Die demokratische Legitimation von Verwaltungshandeln auf nationaler Ebene ..... 156
4.5.1.3.1 Funktionell-institutionelle Legitimation ..... 156
4.5.1.3.2 Personell-organisatorische Legitimation ..... 157
51) Wahl der Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses ..... 157
52) Personell-organisatorische Legitimation des Ständigen Ausschusses
des Nationalen Volkskongresses ..... 157
53) Personell-organisatorische Legitimation des Staatsrates ..... 159
54) Personell-organisatorische Legitimation der Amtswalter innerhalb derVerwaltungen.159
4.5.1.3.3 Sachlich-inhaltliche Legitimation ..... 160
55) Gesetzesbindung ..... 161
a. Vorrang des Gesetzes ..... 161
a.a Verfassungsrechtliche Verankerung ..... 161
b.b Gesetzgebung ..... 161
c.c Auslegung des Gesetzes ..... 162
d.d Verwaltungsgerichtsbarkeit ..... 162
a.a.a Keine Gewährleistung von Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte ..... 163
b.b.b Einfachrechtliche Eingrenzungen von Befugnissen der gerichtlichen Prüfung ..... 163
e.e Zusammenfassung ..... 165
b.Vorbehalt des Gesetzes ..... 165
a.a Verfassungsrechtliche Verankerung ..... 165
b.b Einfachrechtliche Regelungen ..... 166
c.c Vier Stufen der Regelungsmaterien ..... 168
56) Entscheidungsmacht für bedeutsame Staatsangelegenheiten. ..... 169
57) Die parlamentarische Kontrolle der Exekutive ..... 169
a. Die Kontrolle der Exekutive durch den Nationalen Volkskongress sowie dessen Ständigen Ausschuss ..... 169
b. Detailsteuerung innerhalb der Exekutive ..... 171
a.a Verfassungsrechtliche Verankerung ..... 171
b.b Einfachrechtliche Regelungen ..... 172
c. Zusammenfassung ..... 172
58) Faktische Durchbrechungen der sachlich-inhaltlichen Legitimation ..... 173
a. Gesetzesbindung ..... 173
b. Die Verantwortlichkeit der Exekutive gegenüber dem Nationalen Volkskongress ..... 173
a.a Die Kontrolle der Exekutive durch den Nationalen Volkskongress sowie dessen Ständigen Ausschuss ..... 173
b.b Detailsteuerung innerhalb der Exekutive ..... 174
c. Zusammenfassung ..... 175
4.5.1.3.4 Zwischenergebnis ..... 175
4.5.1.4 Demokratische Legitimation von Verwaltungshandeln auf verschiedenen lokalen Ebenen ..... 175
4.5.1.4.1 Die Grundeigenschaft der lokalen Volkskongresse ..... 175
4.5.1.4.2 Das Prinzip des Demokratischen Zentralismus ..... 176
4.5.1.4.3 Die drei Legitimationsformen ..... 177
59) Funktionell-institutionelle Legitimation ..... 177
60) Personell-organisatorische Legitimation ..... 177
61) Sachlich-inhaltliche Legitimation ..... 179
a. Verfassungsrechtliche Perspektive ..... 179
b. Empirische Perspektive ..... 180
4.5.1.4.4 Zwischenergebnis ..... 180
4.5.1.5 Die Organe der Selbstverwaltung der Regionen mit nationaler Autonomie ..... 181
4.5.1.6 Die selbständigen öffentlichen Institutionen und die gesellschaftlichen Organisationen ..... 183
4.5.1.6.1 Selbständige öffentliche Institutionen ..... 183
4.5.1.6.2 Gesellschaftliche Organisationen ..... 184
4.5.1.6.3 Die Legitimation der selbständigen öffentlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen ..... 184
62) Funktionell-institutionelle Legitimation ..... 184
63) Personell-organisatorische Legitimation ..... 184
64) Sachlich-inhaltliche Legitimation ..... 184
4.5.1.6.4 Zusammenfassung ..... 185
4.5.1.7 Zwischenergebnis ..... 185
4.5.1.8 Legitimation durch Verfahren ..... 186
4.5.1.9 Vereinbarkeit des NSM mit dem Volkskongresssystem im Sinne von Art. 2 CV ..... 187
4.5.1.9.1 Personell-organisatorische Legitimation ..... 188
4.5.1.9.2 Sachlich-inhaltliche Legitimation ..... 188
65) Die Macht- und Verantwortungsverteilung zwischen Volksvertretung und Verwaltung ..... 188
66) Die Macht- und Verantwortungsverteilung innerhalb der Verwaltung ........................................................................................................... 189 ..... 189
67) Zwischenergebnis ..... 189
4.5.1.9.3 Wirtschaftlichkeitsprinzip als kollidierendes verfassungsprinzip?189
4.5.1.9.4 Zwischenergebnis ..... 190
4.5.2 Das NSM und die legitimatorischen Funktionen des chinesischen Haushaltsrechts ..... 190
4.5.2.1 Die verfassungsrechtliche Verankerung des chinesischen Haushaltsrechts ..... 191
4.5.2.2 Die Funktionen des Haushaltsrechts in China ..... 192
4.5.2.2.1 Planungs- und Kontrollfunktion des Haushaltsrechts ..... 192
4.5.2.2.2 Legitimationsfunktion ..... 192
4.5.2.3 Haushaltskreislauf ..... 194
4.5.2.3.1 Die Haushaltsaufstellung ..... 195
4.5.2.3.2 Haushaltskontrolle. ..... 196
68) Kontrolle durch die Volksvertretung ..... 196
69) Kontrolle durch die Rechnungsbehörde ..... 196
a. Unabhängigkeit der Rechnungsbehörde? ..... 197
b. Inhalt und Maßstäbe der Rechnungsprüfung in China ..... 197
c. Umfang der Rechnungsprüfung in China ..... 198
4.5.2.4 Die Haushaltsgrundsätze in China ..... 198
4.5.2.4.1 Die im Haushaltsgesetz der V.R. China verankerten
Haushaltsgrundsätze ..... 199
70) Grundsatz der Vollständigkeit ..... 199
71) Bruttoprinzip ..... 200
72) Grundsatz der Haushaltswahrheit und -genauigkeit ..... 200
73) Grundsatz des Haushaltsausgleichs ..... 201
74) Grundsatz der Vorherigkeit ..... 201
75) Grundsatz der Jährlichkeit ..... 203
76) Grundsatz der Wirtschaftlichkeit ..... 203
77) Grundsatz der doppelten Buchführung ..... 203
78) Grundsatz der Übertragbarkeit ..... 204
79) Grundsatz der Verfahrenseinheit ..... 204
4.5.2.4.2 Die Haushaltsgrundsätze außerhalb des Haushaltsgesetzes der V.R.China205
4.5.2.4.3 Zusammenfassung ..... 206
4.5.2.5 Vereinbarkeit des NSM mit dem legitimatorisch relevanten Haushaltsrecht in China ..... 207
4.5.2.6 Zusammenfassung ..... 207
4.5.3 Vereinbarkeit des NSM mit dem Sozialistischen Rechtsstaatsprinzip im Sinne von Art. 5 CV ..... 208
4.5.3.1 Inhalt des Sozialistischen Rechtsstaatsprinzips im Sinne von Art. 5 CV 208
4.5.3.1.1 Interpretation nach dem Bericht zum 15. Parteitag? ..... 208
4.5.3.1.2 Interpretation in Anlehnung an den rechtsstaatlichen Elementen westlicher Länder sowie an Art. 5 I-V CV ..... 209
4.5.3.2 Die verfassungsrechtlichen Bedenken des NSM hinsichtlich des Rechtstaatsprinzips im Sinne der CV ..... 211
5 Endergebnis des vierten Teils ..... 211
V Zusammenfassung in Thesen ..... 211
Literaturverzeichnis ..... 220
